

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Abgabe-Zertif.
Abgabe von Zeitungen bis nach 3 Uhr, Sonntags nur bis nach 11 Uhr. Die einseitige Seite (eins 8 Seiten) 20 Pf., die zweifelhafte Seite auf 20 Pf., die zweifelhafte Seite 1,50 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden bis einseit. Seite 25 Pf. — In Kamerun nach Sonn- und Freiertagen erhöhter Tarif. — Zusätzliche Beiträge nur gegen Veranschlagung. — Jedes Belegblatt 10 Pf.

Bezugs-Verhältnisse
Abgabe von Zeitungen bis nach 3 Uhr, Sonntags nur bis nach 11 Uhr. Die einseitige Seite (eins 8 Seiten) 20 Pf., die zweifelhafte Seite auf 20 Pf., die zweifelhafte Seite 1,50 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden bis einseit. Seite 25 Pf. — In Kamerun nach Sonn- und Freiertagen erhöhter Tarif. — Zusätzliche Beiträge nur gegen Veranschlagung. — Jedes Belegblatt 10 Pf.

Telegraphische Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 * 2006 * 3601.

Für Feinschmcker:

Lebeck's Fondant-Chocolade per Tafel 50 Pf.
 Rahm-Chocolade
 Bitter-Chocolade
 Cacao per 1/2 Kg. Dose 2,40 M.
 Dessert per Carton 2,3 u. 4 M.

Mark: Dreifrag.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Kunstaussstellung Emil Richter
Prager Strasse.
Herm. Schmiechen - Carl v. Dombrowski.

Dresdner
Feldschlösschen-Lager
bleibt unübertroffen!

Beleuchtungs-Gegenstände
für jede Lichtart
Anfertigung kunstgewerblicher Beleuchtungs-Körper.
Größte Auswahl. Viele Referenzen.
Julius Schädlich, Kronleuchter-Fabrik,
Am See 16. Fernsprecher 1136.

Tuchhaus Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, **Damen-Kostümstoffe, Billardtuche, Bunte Tuche.** **Hermann Pörschel** Scheffelstrasse 19/21 (Kleines Rauchhaus).

Für eilige Leser.

Wutmaßliche Witterung: Volkig, etwas kälter, Gewitter, danach zeitweilige Niederschläge.

Die Wahlmännerwahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus ergaben bis Sonnabend mittags 2 Uhr die Wahl von 139 Konservativen, 48 Freikonserverativen, 57 Nationalliberalen, 3 Fortschrittler, 100 Zentrumabgeordneten, 10 Polen, 2 Dänen und 7 Sozialdemokraten.

Der preussische Staatshaushaltsvoranschlag für 1913 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 4595 786 227 Mark ab.

Das Herzogliche Staatsministerium in Braunschweig beschäftigt sich mit der Neugestaltung der braunschweigischen Thronverhältnisse.

In Oesterreich plant man die Gründung einer „Gesellschaft zur Förderung des nationalen Friedens in Oesterreich“.

Die österreichische Heeresleitung erhält auch in Dalmatien den erhöhten Friedensschutz aufrecht.

Oesterreich-Ungarn und Italien haben trotz der Aufhebung der internationalen Blockade je ein Kriegsschiff nach Durazzo geschickt.

Die jerbische Regierung lehnt, nach einer englischen Meldung, die Vermittlung Rußlands in ihrem Streite mit Bulgarien ab.

Der Kostenvoranschlag der französischen Heeresleitung für die Heeresvermehrung beläuft sich auf ungefähr 800 Millionen Francs.

Rouweit und die deutsch-englischen Orientverhandlungen.

Je mehr der Balkankrieg seinem Ende zuneigt, desto mehr konzentriert sich das Interesse der europäischen Welt auf den kleinasiatischen Besitz der Türkei und die Zukunft Mesopotamiens, des Zweifstromlandes. Deutschland hat bisher konsequent den Standpunkt vertreten, daß die Türkei in ihrem asiatischen Besitz ungeschwächt erhalten werden müsse, daß daher keinerlei territoriale Veränderungen an diesem Besitzstand anzufassen seien. Aus diesem Grunde hat es allen Verträgen Rußlands und Frankreichs, aus den Verlegenheiten der Türkei während des Balkankrieges Kapital zu schlagen, energischen Widerstand entgegengebracht und weder eine Zerstückelung Armeniens, noch eine Aufteilung Syriens zugelassen. Anders liegen die Dinge auf wirtschaftlichem Gebiet. Der Orient und namentlich das Zweifstromland ist noch immer ein geeignetes Objekt zur wirtschaftlichen Durchdringung. Das Recht zu dieser Durchdringung haben bisher alle Großmächte in Anspruch genommen und sind im Begriffe, es weiter auszuüben. Es ist natürlich, daß jede größere Macht in dem Augenblick, wo die Türkei ihre alten Stammländer wirtschaftlich zu heben und kulturell zu durchdringen sich anschickt, neue wirtschaftliche Konzessionen herauszuschlagen sucht, in der Erkenntnis der Tatsache und nutzbarer Anwendung des Satzes, daß wirtschaftliche Durchdringung zumeist auch politische bedeutet, denn der Kaufmann und größere überseeische Unternehmer ist als Pionier der nationalen Wirtschaft zugleich auch der Vorläufer und Vorkämpfer der politischen Interessen seines Heimatlandes. In England hat man stets diesem Prinzip gehuldigt und ihm verdankt es seine großen Erfolge in der Welt. Wo das britische Kapital einmal festen Fuß gefaßt und eine übertragende Stellung gewonnen hat, ist das betreffende Stück Erde unfehlbar unter britischen Einfluß und in die britische Interessensphäre geraten. Kanada, Südafrika, Ägypten und Indien sind die leuchtenden Beweise dieses Erfahrungssatzes. Nach ihm hat England gehandelt, mochte es liberal oder konservativ regiert sein. Die stolze Devise „Rex Britannia“ beherrscht wie zu den Zeiten der Oranier und der George die leitenden Staatsmänner in Aktion. So hat England auch jetzt wieder mit raschem Griff zugegriffen und die Türkei zur Wiederannahme der vor zwei Jahren abgebrochenen Verhandlungen über die Bagdad-Bahn und die Ausdehnung der britischen Rechte in dem südlichen Zipfel des türkischen Reiches veranlaßt. Das schnelle Ersinnen und Ausüben der

Situation ist von jeher ein hervorragendes Merkmal der englischen Staatskunst gewesen. Es kann nur mit Anerkennung und Bewunderung erfüllen und mehr noch andere Mächte zur Nachahmung anspornen. Das talentlose Jüscheln und Abwarten hat noch keinem Staate Erfolge gebracht. „Nur was der Augenblick erschafft, das kann er nützen.“ Wer die Gunst der Konjunktur für die eigene Volkswirtschaft ausnützen will, kann sich auch nicht an das ethische Bedenken klammern, daß man einem amputierten und geschlagenen Staate nicht überflüssige Schwierigkeiten machen solle. Insofern würde nur der Staat handeln, der die Notlage des schwachen Staates zur territorialen Verkleinerung und Zerstückelung benützte, aber im wirtschaftlichen Leben der Völker gilt wie unter privaten Kaufleuten jeder Vorteil. Zweifellos wäre es für die deutschen Interessen günstiger gewesen, wenn die Anregung zur Neuordnung der Bagdadbahn-Angelegenheit von deutscher Seite ausgegangen wäre; denn nun ist Deutschland bereits in die Position des Verteidigers gerückt worden. Die deutsche Vorfahrt und Schwerefalligkeit, über die so viel geklagt wird, kann uns wieder einmal teuer zu stehen kommen.

Wie weit die Dinge bereits gediehen sind, läßt sich natürlich im Augenblick nicht beurteilen. England hat den schon seit langem mit großer Hartnäckigkeit geführten Versuch, Rouweit am Persischen Golf, den „natürlichen Endpunkt“ der Bagdadbahn, in seine Gewalt zu bekommen, wieder aufgenommen. Dieser Versuch ist ihm anscheinend geglückt. Sollte sich diese Nachricht bestätigen, daß der vormalige, manche sagen der beste, Hafen im Persischen Golf in englische Hände gefallen sei, dann kann man das nur als einen Meisterzug der englischen Politik ansehen, aber dieser Schachzug bedeutet eine große Schädigung der deutschen Interessen, denn man mag Großbritannien auch eine erhebliche Einflusssphäre in Südperien und im südlichen Teile Mesopotamiens ausstrecken, das wird man nicht leugnen können, daß der englische Handel, wenn er sich einmal in Rouweit dauernd eingemischt hat, auch sehr bald den gesamten Güterverkehr für den umstrittenen Endstreke der Bagdadbahn an sich reißen und den deutschen Einfluß ausheben werden wird. Die Tatsache, daß Rouweit dem Einfluß des Sultans in Konstantinopel kaum noch unterliegt, da der dortige Sultan fast souverän ist, kommt noch als erschwerendes Moment hinzu. England soll nach weiteren Meldungen als Gegenleistung für die Auslieferung des Hafens und die Erteilung der Konzession für die Strecke Basra-Rouweit am Persischen Golf der Türkei die Zusage gemacht haben, daß es den Hafen von Basra auf eigene Kosten ausbauen lassen werde. Damit wäre auch der einzige außer Rouweit noch übrig bleibende Hafen, der als Endpunkt der Bagdadbahn in Betracht käme und für die Türkei von großem Werte ist, in britische Hände gespielt. Wenn die Türkei wirklich in diese Forderungen gewilligt hat, dann hat sie nicht nur sich, sondern noch mehr den deutschen Interessen einen gewaltigen Schaden zugefügt. Man kann einwenden, solange sichere Nachrichten nicht vorliegen, nicht annehmen, daß die Flotte sich in solcher Weise habe über's Ohr hauen lassen.

Unter allen Umständen hat Deutschland in dieser Angelegenheit auch noch ein Wort mitzureden. Es ist an sich schon bedauerlich, daß die Bagdad-Bahn-Gesellschaft in einem Vertrage vom 20. März 1911 auf das Südstück der Bahn von Basra nach Rouweit verzichtet, es zu anderer vertraglicher Bewertung freigelassen hat. Nachdem dieser Fehler aber einmal gemacht ist, gilt es, ihn durch Erlangung von Konzessionen auf der übrig bleibenden Strecke der Bahn, der Teilstrecke von Bagdad nach Basra, der ertragreichsten und vielversprechendsten der ganzen Bahn, wett zu machen. Es muß mit aller Energie darauf hingewirkt werden, daß die Strecke von Basra nach Bagdad ein vorwiegend deutsches Privatunternehmen bleibt. Eine geringe Beteiligung englischen Kapitals und eine entsprechende Beteiligung im Aufsichtsrat und Vorstand der neu zu bildenden Gesellschaft, für die die „Times“, nach einer im gestrigen Abendblatt mitgeteilten Mitteilung, Stimmung machen, mag zu erlangen werden. Aber darüber hinaus darf es keine Konzessionen geben. Das deutsche Regierungsgesandte mag wohl die Hoffnung ausdrücken, daß eine auch die deutsche Seite befriedigende Lösung gefunden werden würde, allzu groß ist aber diese Hoffnung nicht, denn bei Verhandlungen mit England haben wir uns meist nicht als der härtere Teil erwiesen.

Gezweifelhaft ist die englische Regierung zu der Einsicht gelangt, daß ohne Befragung der deutschen beteiligten Kreise und der deutschen Regierung nicht über das Zweifstromland verfügen kann. Sie hat daher Verhandlungen mit diesen Stellen angeknüpft. Es kann heute, allen offiziellen Ablehnungen zum Trotz, kein Zweifel mehr darüber sein, daß der Besuch des Lord Morley, des Vizepräsidenten des Geheimen Staatsrats, diesen Verhandlungen dient. Da der Besuch Morleys auf etwa vier Wochen berechnet ist, ist nicht anzunehmen, daß die Verhandlungen so schnell zum Abschluß kommen werden. Gezwungen wird an den Konferenzen mit dem Auswärtigen Amte und dem Direktor der Deutschen Bank, v. Gwinner, auch der deutsche Vizekonsul in London, Fürst Lichnowsky, teilnehmen. Da der Fürst als aufrechter Mann bekannt ist, kann man hoffen, daß er seinen Namen nicht zu einem Abkommen hergeben wird, das die deutschen Interessen in Asien schädigen wird. Wenn in einem Teile der Presse schon jetzt darauf hingewiesen wird, daß Deutschland für ein eventuelles Nachgeben in der Bagdad-Bahn-Frage in Zentralafrika von England entschädigt werden soll, kann diese Zumutung nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Eine Verständigung mit England in dieser Frage ist gewiß wünschenswert, aber sie kann nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung erfolgen. Die großen deutschen Interessen in Mesopotamien können nicht gegen neue Kämpfe eingetauscht werden. Hat Deutschland zehn Jahre auf die Regelung der Bagdad-Bahn-Angelegenheit gewartet, kann es auch noch länger warten.

Der Zwist unter den Verbündeten. Die Wahrheit über den bulgarisch-jerbischen Bündnisvertrag

wird in der Wiener „N. Fr. Pr.“ von besonderer Sofiaer Seite wie folgt dargestellt: Serbien erhebt jetzt keine Forderung nach der Revision des Vertrages mit Bulgarien mit der Begründung, daß es durch Bulgarien für das Opfer schadlos gemacht werden müsse, das es durch seinen Verzicht auf Albanien bringe. In dem Vertrage ist von Albanien keine Rede. Der Vertrag spricht nur von einer Befreiung der unterdrückten Stammesgenossen. Wenn man also den Vertrag nach seinem Wortlaut interpretieren wollte, so käme man zu dem Schlusse, daß, da es in Albanien keine Serben gibt, Serbien auch nicht den geringsten Anspruch auf das von ihm besetzte Land hat und daher auch kein Opfer bringt, wenn es jetzt seine Truppen daraus zurückzieht.

In dem Vertrage befindet sich kein Punkt, der Bulgarien die Verpflichtung auferlegen würde, Serbien eventuell auch gegen Oesterreich-Ungarn zu Hilfe zu kommen. In dem ganzen Vertrage ist der Name Oesterreich-Ungarn nicht genannt, und nicht einmal dem Sinne nach könnte der Vertrag so interpretiert werden, daß Serbien das Recht habe, im Falle eines Krieges mit Oesterreich-Ungarn durch Bulgarien unterstützt zu werden. Bulgarien hätte einen solchen Vertrag nie unterzeichnet, wenn es an die Möglichkeit einer solchen Interpretation gedacht hätte. Da die falschen Mitteilungen über das Wesen des Vertrages zumeist von Feinden herkommen, die den Vertrag nicht kennen, hatte Bulgarien vorgeschlagen, den Vertrag im Wortlaute zu veröffentlichen. Serbien hat dies aber trotz mehrfacher Aufforderung immer wieder abgelehnt.

Serbien will keine Vermittlung.

Die jerbische Regierung hat, einer Meldung der Londoner „Daily Mail“ zufolge, die Vermittlung Rußlands im Konflikt mit Bulgarien abgelehnt.

Entlassung von 50 000 Reservisten in Oesterreich.

In Ergänzung einer Meldung im Abendblatt bringt die Wiener „Militärische Rundschau“ folgende Mitteilung: An die Korpskommandos des I. bis einschließlich 14. Korps ergeht ein Erlass, nach dem alle Reservisten der Jahrgänge 1907 und 1908 zu entlassen sind. Die Entlassung umfaßt etwa 35 000 Mann. Ferner wurde die teilweise Entlassung der Jahrgänge der Ersatzreserve 1910 und 1911 in einer Gesamtzahl von etwa 15 000 Mann verfügt. Die Gesamtzahl der zu entlassenden Reservisten und Ersatzreserve beträgt somit gegen 50 000 Mann. Aus dem Bereich von Bosnien, Herzegowina und Dalmatien finden vorläufig keine Entlassungen einberufener Mannschaften statt.

Oesterreichische Ordensauszeichnungen.

Die das Wiener „Fremdenbl.“ erzählt, hat Kaiser Franz Joseph folgende Auszeichnungen verliehen: dem österreichisch-ungarischen Generalkonsul Adolf Ritter von Sambour das Ritterkreuz des Leopoldordens, dem